Deutscher Bundestag **Drucksache 19/25250**

19. Wahlperiode 15.12.2020

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (21. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Alexander Ulrich, Andrej Hunko, Heike Hänsel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/23734 –

Für eine sozialverträgliche EU-Klimapolitik – Fonds für einen gerechten Übergang aufstocken und demokratisch ausgestalten

A. Problem

Die Antragsteller betonen die enormen ökonomischen und sozialen Herausforderungen, die mit der Änderung der Wirtschaftsweise zur Erreichung des von der Europäischen Kommission proklamierten und von den Antragstellern geteilten Ziels der Klimaneutralität einhergingen. Daher seien die Finanzhilfen des im Rahmen des europäischen Grünen Deals angekündigten Just Transition Fund (JTF) von besonderer Bedeutung, um den Übergangsprozess zur Klimaneutralität in Regionen, in denen eine Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen oder eine treibhausgasintensive Industrie vorliege, sozial und ökonomisch unterstützend zu begleiten und um wachsenden Ungleichheiten zwischen den EU-Staaten entgegenzuwirken.

Die finanzielle Unterstützung müsse neben den Maßnahmen zur Förderung von Bildung, Ausbildung, Unterstützung der KMU oder nachhaltiger Mobilität gezielt sozialen Infrastrukturen in den betroffenen Regionen dienen. Wichtig seien auch die Wahrnehmbarkeit der Hilfen zur Schaffung zukunftsfähiger Lebens- und Arbeitsbedingungen vor Ort durch die Bevölkerung. So könnte Klimapolitik sozialverträglich gestaltet werden und würde gesellschaftliche Akzeptanz finden.

Die Verbindlichkeiten beim Einsatz der Mittel müssten gestärkt werden. Die Investitionen aus dem JTF müssten der sozialen Säule der EU und den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung verpflichtet sein und mit entsprechenden nationalen Verpflichtungen verknüpft werden. Eine klare Ausrichtung der Förderung auf erneuerbare Energieträger und nachhaltige Technologien sei erforderlich, Mittel für fossile Brennstoffe und verwandte Infrastrukturen dürften nicht bereitgestellt werden. Wichtig sei zudem im Sinne des Partnerschaftsprinzips, die Einbeziehung der Bevölkerung vor Ort sowie der entsprechenden lokalen Körperschaften oder Verbände sicherzustellen.

Der von der EU für den JTF vorgesehene Förderbetrag sei unter Berücksichtigung der klima- und sozialpolitischen Herausforderungen sowie der Folgen der Corona-Pandemie zu gering. Die zunächst im Mai 2020 durch die Europäische Kommission geplanten Mittel von 40 Milliarden Euro seien im Juli 2020 beim Europäischen Rat von den europäischen Staats- und Regierungschefs auf 17,5 Milliarden Euro gekürzt worden. Diese Kürzung müsse rückgängig gemacht werden und dürfe nicht aus Mitteln des Wiederaufbaufonds oder aus anderen, bereits bestehenden Fonds erfolgen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 19/23734 abzulehnen.

Berlin, den 25. November 2020

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Gunther Krichbaum
Vorsitzender

Mark Helfrich
Berichterstatter

Claudia Tausend
Berichterstatterin

Norbert Kleinwächter
Berichterstatter

Gerald Ullrich
Berichterstatter

Alexander Ulrich
Berichterstatter

Dr. Franziska Brantner
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Mark Helfrich, Claudia Tausend, Norbert Kleinwächter, Gerald Ullrich, Alexander Ulrich und Dr. Franziska Brantner

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/23734** wurde in der 192. Sitzung des Deutschen Bundestages am 19. November 2020 an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Federführung sowie an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller sind der Auffassung, dass die im Rahmen der ökologischen Umstrukturierung anfallenden ökonomischen und sozialen Herausforderungen mittels des Just Transition Fund gefördert werden müssten. Hierzu müssten der Fonds finanziell angemessen ausgestattet und Korrekturen vorgenommen werden, um die Ziele der Förderung zu erreichen. Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene einzusetzen für

– eine Aufstockung des JTF auf die ursprünglich vorgesehenen 40 Milliarden Euro ohne Rückgriff auf bereits bestehende Fonds und die Einstellung des größten Anteils der JTF-Mittel in den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027;

– eine Stärkung und Einhaltung des Partnerschaftsprinzips durch Anknüpfung der Verwendung der Mittel an die Bedingung, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Gewerkschaften, Umweltverbände sowie Bürgerinnen und Bürger vor Ort in die Planung für einen gerechten Übergang einbezogen werden;

– einen Ausschluss von Mittelauszahlungen für die Förderung fossiler Brennstoffe oder verwandter Infrastrukturen;

– eine Ausrichtung des europäischen Grünen Deals auf einen konsequenten sozial-ökologischen Wandel, der nicht nur den Klimaschutz und den Umstieg auf erneuerbare Energien erreichen muss, sondern auch soziale Ungleichheit und Energiearmut bekämpft, nachhaltige Lebens- und Arbeitsbedingungen schafft und den Regionen hilft, Strukturschwächen zu überwinden.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat in seiner 88. Sitzung am 25. November 2020 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat den Antrag in seiner 79. Sitzung am 25. November 2020 beraten.

Die **Fraktion DIE LINKE.** warb für ihren Antrag und betonte, dass der europäische Grüne Deal nur dann erfolgreich sein könne, wenn er sozial- und beschäftigungspolitisch flankiert werde. Die Fördermittel für den Just Transition Fund müssten insbesondere mindestens auf 40 Milliarden Euro erhöht und überwiegend über den MFR und nicht über das auf vier Jahre begrenzte Wiederaufbauinstrument Next Generation EU finanziert werden. Mit der Einstellung des JTF in den MFR sollten die mittelfristige Finanzausstattung gewährleistet und eine Verstetigung ermöglicht werden. Eine Beteiligung von Gewerkschaften, Arbeitnehmervertretern und Umweltverbänden sei

zwingend notwendig. Fossile Energieträger seien von der Förderung auszunehmen. Der grüne Wandel könne nur gelingen, wenn die Bevölkerung den europäischen Grünen Deal nicht aus sozialen Gründen ablehne.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, sie lehne den Antrag ab. Die Mittelausstattung und Finanzierungsinstrumente des JTF seien inzwischen in den Verhandlungen der EU-Institutionen festgelegt. Zwar sei es richtig, die sozialen Folgen des Wandels abzufedern, aber man könne den anderen EU-Mitgliedstaaten nicht vorschreiben, wie sie dies zu tun hätten. Auch werde die EU noch längere Zeit auf fossile Brennstoffe, insbesondere Erdgas, angewiesen bleiben, sodass auch entsprechende Infrastrukturen zu schaffen und zu finanzieren blieben. Schließlich dürfe der europäische Grüne Deal nicht mit einer Sozialkomponente überfrachtet werden.

Die **Fraktion der SPD** kündigte an, den Antrag abzulehnen. Zwar sei es grundlegend wichtig, die Klimapolitik sozial- und beschäftigungspolitisch abzusichern, um so Akzeptanz in der Bevölkerung zu schaffen. Mit Blick auf die Herausforderungen der Corona-Pandemie seien Kürzungen beim JTF aber nachvollziehbar und immerhin sei ein Budget von 17,5 Milliarden Euro vereinbart worden. Zudem seien bislang nur wenige Ideen und Konzepte des europäischen Grünen Deals mit konkreten finanziellen Anforderungen unterlegt. Finanziert werden müssten echte grüne Investitionen.

Die **Fraktion der AfD** betonte, dass der europäische Grüne Deal und der Just Transition Fund falsch seien. Im globalen Wettbewerb werde damit Wachstum begrenzt, die Wirtschaft unnötig reglementiert und ganze Wirtschaftszweige stillgelegt. Angebot und Nachfrage würden in keiner Weise abgebildet. Notwendig sei vielmehr die Förderung der Forschung – etwa zu alternativen Brennstoffen –, um wirtschaftliche Angebote zu schaffen. Die Fraktion lehne den Antrag im Ergebnis ab.

Die **Fraktion der FDP** wies ebenfalls darauf hin, dass die Verhandlungen weitgehend abgeschlossen seien. Der Antrag beinhalte ferner keine Vorschläge dazu, an welchen Stellen zur Erhöhung des Budgets des JTF gespart werden solle, was im Ergebnis Steuerzahlerinnen und Steuerzahler durch zusätzliche Ausgaben belasten würde. Statt Ausgaben zu steigern, seien die Mittel zielgerichteter einzusetzen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, sie halte Motivation und Zielsetzung des Antrags für richtig, da die soziale Abfederung wichtig für die Akzeptanz des europäischen Grünen Deals in der Bevölkerung sei Die Verhandlungen seien allerdings weit fortgeschritten und der Antrag insofern veraltet. Zudem fehlten im Antrag Aspekte, wie Vorgaben zum Einsatz der Mittel aus dem MFR zum Erhalt der Biodiversität und zum Klimaschutz oder die Notwendigkeit der parlamentarischen Kontrolle der Mittelvergabe.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/23734.

Berlin, den 25. November 2020

Mark Helfrich Berichterstatter	**Claudia Tausend** Berichterstatterin	**Norbert Kleinwächter** Berichterstatter
Gerald Ullrich Berichterstatter	**Alexander Ulrich** Berichterstatter	**Dr. Franziska Brantner** Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333